

**UNTERZEICHNEN  
SIE DIE PETITION**

Unterzeichnen Sie die Petition und machen Sie die Europäische Union zu einem Ort, an dem sich jede/r Angehörige einer nationalen Minderheit oder Sprachminderheit zu Hause fühlen kann!

[www.minority-safepack.eu](http://www.minority-safepack.eu)



**RECHTE  
FÜR  
STAATENLOSE!**



**MINORITY  
SAFEPACK  
INITIATIVE**

DU BIST NICHT ALLEIN. EINE MILLION  
UNTERSCHRIFTEN FÜR DIE VIELFALT EUROPAS



EUROPAS BEST-



GEHÜTETES GEHEIMNIS

## RECHTE FÜR STAATENLOSE!



Der Hauptgrund für die Existenz staatenloser Minderheiten in Europa ist der Zerfall von Staaten wie der ehemaligen Sowjet-Union und Jugoslawien, sowie die Schaffung ihrer Nachfolgestaaten.

In den baltischen Staaten Lettland und Estland gibt es immer noch viele Nicht-Staatsangehörige russischer Abstammung. Die Roma, welche von Staatenlosigkeit betroffen sind, sind in den meisten Fällen ehemalige Staatsangehörige Jugoslawiens und ihre Nachkommen. Nach dem Zerfall der Sowjet-Union und Jugoslawiens erstellten deren Nachfolgestaaten diskriminierende Bestimmungen und schwierige bürokratische Hürden für eine Registrierung, welche oftmals die Erlangung einer Staatsbürgerschaft in den jeweiligen Ländern behinderten. Auch für Roma und ihre Nachkommen, welche in den Neunzigerjahren vor dem Krieg geflohen sind, wurde es zunehmend schwierig, Staatsbürger ihrer Ankunftsländer zu werden.

E

s gibt hunderttausende staatenlose Personen in Europa, viele von ihnen gehören einer nationalen Minderheit an. Sie zählen zu den meistbedrohten Minderheiten in der EU. Da die Mitgliedsstaaten diese nicht als Staatsbürger anerkennen, haben sie keinen Zugang zu den grundlegendsten Menschenrechten, einschließlich des Rechts auf Niederlassung oder legale Aufnahme einer Arbeit. Die Verweigerung der Staatsbürgerschaft des Landes, in dem sie leben, ist somit eine Form kultureller und wirtschaftlicher Unterdrückung.

### UNSERE LÖSUNG:



MINORITY  
SAFEPACK  
INITIATIVE

DU BIST NICHT ALLEIN. EINE MILLION  
UNTERSCHRIFTEN FÜR DIE VIELFALT EUROPAS

Nur Mitgliedsstaaten können staatenlose Individuen einbürgern und diese als Staatsbürger ihres Landes anerkennen. Die EU hingegen kann in diesem Raum Gesetze erheben, die diesen Personen das Recht auf Arbeit, Wohnen, Dienstleistung, Reisefreiheit und viele weitere Rechte zugestehen, die auch andere EU-Bürger genießen, wenn sie sich außerhalb ihres Heimatlandes aufhalten.

Wir fordern die EU dazu auf, einen Antrag zur Änderung der Richtlinien anzunehmen, damit eine Angleichung der Rechte von langfristig staatenlosen Personen und ihren Familien mit denen von EU Bürgern ermöglicht werden kann.